

Pohl, Reinhard

Working Paper — Digitized Version

Deutsch-deutsche Währungsunion und ihre Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Gemeinschaft

DIW Discussion Papers, No. 4

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Pohl, Reinhard (1990) : Deutsch-deutsche Währungsunion und ihre Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Gemeinschaft, DIW Discussion Papers, No. 4, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95760>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Diskussionspapiere Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 4

Deutsch-deutsche Währungsunion
und ihre Konsequenzen
für die Bundesrepublik Deutschland
und die Europäische Gemeinschaft
von
Reinhard Pohl (DIW)

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Diskussionspapier Nr. 4

**Deutsch-deutsche Währungsunion
und ihre Konsequenzen
für die Bundesrepublik Deutschland
und die Europäische Gemeinschaft
von
Reinhard Pohl (DIW)**

März 1990

**Vortrag vor Mitgliedern des
Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG
am 13. März 1990 in Brüssel***

Frauen sind doch bessere Prognostiker. Im Sommer vorigen Jahres sagte meine Frau zu mir: Die DDR muß bald zusammenbrechen. Denn - so lautet ein chinesisches Sprichwort - ein Staat, der zuviel Gesetze hat, geht zugrunde. Damals sagten alle Leute: Die DDR und ihre Mauer werden noch lange halten. Aber meine Frau hatte Recht: Im Oktober zerbrach das kommunistische Regime, und im November zerbrach die Mauer.

Im November sagte meine Frau: Jetzt muß die schlechte Ostmark im Verhältnis Eins zu Eins in die gute West-Mark umgetauscht und anschließend verbrannt werden. Denn für gutes Geld werden die Menschen wieder gut arbeiten und gut wirtschaften. Aber das versteht Ihr Wirtschaftstheoretiker nicht. Ihr seid viel zu umständlich und unpraktisch. Ihr denkt Euch komplizierte Pläne aus, die kein Mensch versteht. Meine Frau hatte wieder Recht. Die meisten Wirtschaftstheoretiker dachten an die Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft. Dort sollte die einheitliche Währung die Krönung des Prozesses der wirtschaftlichen und sozialen Harmonisierung sein. In den Monaten November, Januar und Februar wurden tausend Pläne für den Übergang von der Planwirtschaft zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung geschmiedet. Dieser Übergangsprozeß sollte durch Variationen des Wechselkurses der Ost-Mark erleichtert werden. Man sagte: Erst wenn der Anpassungsprozeß beendet sei, könne ein richtiger, das heißt wettbewerbsgerechter Wechselkurs gefunden werden. Auf dieser Basis könne man als Krönung eine Währungsunion vereinbaren, mit der West-Mark als einziger Währung in der DDR.

Drei Monate lang wurde diskutiert. Auf der Ebene der praktischen Reformen in Richtung Marktwirtschaft bewegte sich fast nichts. Um so mehr bewegten sich deshalb die Menschen in der DDR in Richtung Bundesrepublik. Die Zahl der Übersiedler schwoll beängstigend an. In der DDR wurde der Mangel an Facharbeitern immer bedrückender. Auch in der Bundesrepublik zeichneten sich Gefahren ab: Noch mehr Wohnungsnot, mehr finanzielle Belastungen der öffentlichen Haushalte, ferner vermehrte Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen. Es war keine Zeit mehr mit Stufenplänen zu verlieren. Deshalb entschloß sich Anfang Februar die Bundesregierung, der DDR eine Währungsunion anzubieten, d. h. eine Substitution der Ost-Mark durch die West-Mark. Die Regierung und vor allem die Bürger der DDR werden dieses Angebot akzeptieren. Sie werden dies umso mehr tun, als die Währungs-

* Für Informationen und Anregungen dankt der Verfasser seinen Kollegen Volker Meinhardt, Dieter Vesper und Heinz Vortmann (Schätzung des Staatshaushaltes incl. Sozialversicherung in der DDR) sowie Rudolf Zwiener (ökonometrische Schätzung von Wirkungen einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auf die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland).

union mit einer Wirtschafts- und Sozialunion gekoppelt werden soll.

Selbst heute tauchen immer noch Leute auf, die Stufenpläne für die DDR feilbieten. Doch sie sind auf dem Rückzug. Auf dem Vormarsch sind solche Leute, die besorgte Fragen stellen: Was wird nach der Einführung der Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion aus der Bundesrepublik? Was wird aus der Position der Bundesrepublik zur Europäischen Gemeinschaft und ihrer Wirtschafts- und Währungsunion?

Natürlich finden solche Leute besonders viel Beachtung, die sich mit Horrorszenarien hervortun. Ausgangspunkt solcher Szenarien ist die bekannte Tatsache, daß sich die Wirtschaft und die Umwelt der DDR in einem desolaten Zustand befinden: Der materielle und qualitative Lebensstandard der Menschen ist in der DDR sehr viel niedriger als in der Bundesrepublik. Hauptschuldiger ist die zentrale Planwirtschaft, in der DDR heute auch Kommandowirtschaft genannt. Ein Teil der Preise und Löhne wurde von der Planbehörde direkt fixiert und kaum geändert. Ein anderer Teil der Preise ergab sich aufgrund von komplizierten und oft absurden Vorschriften über die Kalkulation der Kosten und der Gewinne. Wenn der Staat das Ergebnis dieser Preisbildung nicht wünschte, korrigierte er das Ergebnis der Preisbildung, indem er Subventionen zahlte oder Steuern und andere Abgaben erhob.

Gewinne und der Gegenwert der Abschreibungen auf Produktionsanlagen wurden überwiegend an den Staat abgeführt. Umgekehrt zahlte der Staat die Finanzierungsmittel für genehmigte Investitionen an die Unternehmen. Es gab praktisch keinen Konkurs von unrentablen Unternehmen, und es gab auch fast keine Entlassungen von Arbeitskräften, die faul waren oder für die keine produktive Arbeit vorhanden war. Der gesamte Außenhandel und der Zahlungsverkehr mit dem Ausland wurden vom Staat zentral reglementiert. Das Bankensystem war unselbständig; es diente der Erfüllung staatlicher Pläne. Privateigentum an Produktionsmitteln gab es kaum. Das meiste war in staatlichem oder sogenanntem gesellschaftlichem Eigentum.

Aus diesen Gründen gab es alles das nicht, was eine Marktwirtschaft auszeichnet. Erstens die Steuerung von Angebot und Nachfrage auf den Märkten für Güter, Arbeit und Kapital. Die Preise entsprachen weder den Wünschen der Verbraucher noch den Knappheitsverhältnissen. Zweitens fehlte der nationale und internationale Wettbewerb, der die Unternehmen und Arbeitskräfte dazu motiviert oder zwingt, mehr zu leisten, effizienter zu produzieren, neue Produkte und Produktionsverfahren zu entwickeln und durchzusetzen.

Die Folgen hiervon sind: Erstens ist die Produktivität der Arbeitskräfte in der DDR höchstens halb so groß wie in der Bundesrepublik. Denn die Infrastruktur in der DDR und die Produktionsanlagen der Unternehmen sind wirtschaftlich und technisch obsolet oder

funktionieren überhaupt nicht mehr. Viele Arbeitskräfte werden nur noch zum Schein beschäftigt. Zweitens können viele Produkte nur noch in der Sowjetunion und einigen anderen RGW-Ländern verkauft werden, aber nicht mehr im Westen oder selbst in der DDR. Ein Beispiel ist das Auto mit dem Namen Trabant. Das will kaum noch jemand haben. Drittens ist die Umwelt enorm verschmutzt.

Mit diesen düsteren Farben wird neuerdings of ein Schreckensbild gemalt, das etwa folgendermaßen aussieht: Erstens: Die DDR benötigt sehr viel Kapital, um die Infrastruktur und die Produktionsanlagen zu renovieren, zu erweitern und zu modernisieren. Sie braucht viel Kapital zur Verbesserung der Umwelt. Sie braucht Geld, um die zahlreichen Arbeitslosen zu unterstützen; denn die Arbeitslosigkeit wird enorm zunehmen, da viele Betriebe nach der Einführung des internationalen Wettbewerbs nicht mehr lebensfähig sein werden. Die DDR braucht viel Geld, um die Arbeitskräfte auf einen neuen Beruf vorzubereiten. Die DDR braucht Geld für die Erhöhung der Pensionen, da das System der Pensionen dem System in der Bundesrepublik angepaßt werden soll. Die DDR braucht mehr Geld, um solche Betriebe in der Landwirtschaft und in der Industrie zu subventionieren, die jetzt nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Dieser gewaltige Bedarf an Geld und Kapital kann nicht von der DDR selber gedeckt werden. Er muß überwiegend von der Bundesrepublik gedeckt werden. Dies wird dort die Nachfrage des privaten Sektors und des Staates nach Kapital so stark erhöhen, daß die Zinsen für Anleihen erheblich nach oben getrieben werden.

Gemäß diesem Schreckensbild wird aber auch die Stabilität des Preisniveaus in der Bundesrepublik gefährdet. Denn die Unternehmen und die Haushalte in der DDR werden das aus der Bundesrepublik zufließende Geld überwiegend zum Kauf von modernen Investitionsgütern und von hochwertigen Konsumgütern verwenden. Dies ist aber noch nicht alles. Denn die Bürger in der DDR haben hochliquide Spareinlagen von 160 Mrd. Ost-Mark. Wenn diese Spareinlagen in West-Mark umgetauscht werden, verfügen die Bürger der DDR über ein gewaltiges Potential für Käufe in der Bundesrepublik. Da wegen der ohnehin guten Konjunktur die Produktionskapazitäten in der Bundesrepublik vielfach ausgelastet sind, wird es erhebliche Preissteigerungen geben. Der Wechselkurs der West-Mark wird sinken. Beides, die Erwartung einer Inflation und die Erwartung einer Abwertung der West-Mark, wird den Zins für Anleihen erneut nach oben treiben. Um der Inflation und der Abwertung der West-Mark schon von vornherein zu begegnen, wird die Bundesbank ihre kurzfristigen Zinsen stark heraufsetzen. Dies wird den Zins für Anleihen noch mehr erhöhen. Damit aber wird die Gefahr einer Rezession heraufbeschworen.

Gemäß diesem Schreckensbild wird dies für die Europäische Gemeinschaft folgende Konsequenzen haben: Erstens wird die Bundesrepublik so stark mit den Problemen der Integration der DDR zu tun haben, daß sie weniger an die Integration in Europa denkt. Auf

dem Wege zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wird es zumindest Stillstand geben. Zweitens wird die Inflation in der Bundesrepublik auf die anderen Länder der EG ausstrahlen. Drittens wird die Zinserhöhung in der Bundesrepublik auf die westlichen Nachbarländer übergreifen; auch dort wird die Gefahr einer Rezession größer. Viertens wird die DDR zu einem Konkurrenten der Länder der Europäischen Gemeinschaft. Solange die DDR noch kein Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ist, wird sie versuchen, ihre Produktion zur Erlangung von Devisen auf dem Wege über die Bundesrepublik in Westeuropa abzusetzen.

Die Märkte für Anleihen haben sich offensichtlich dieses Schreckensbild vorgestellt, als sie am 7. Februar von der Ankündigung einer Währungsunion mit der DDR erfuhren. Die Anleihemärkte haben einen gewaltigen Anleihebedarf eskomptiert, so daß die Zinsen für Anleihen kurz darauf beträchtlich in die Höhe schossen. Während die Anleihemärkte eher an ein düsteres Bild von Goya über das Desaster des Krieges dachten, hatten die Märkte für Aktien schon vom November an eher ein helles, heiteres Bild von Watteau vor Augen. Die Aktienmärkte dachten weniger an die Zinskosten und mehr an die Gewinne, die man bei einer wirtschaftlichen Reform in der DDR und anderen RGW-Ländern erzielen würde. Die Aktienmärkte wurden durch die Ankündigung einer Währungsunion nur wenig irritiert.

Ich meine, daß die Wahrheit, wie so oft, in der Mitte liegt. Die Anleihemärkte sehen ein wichtiges Problem. Aber sie übertreiben mit ihrem Pessimismus. Anders als die Anleihemärkte, sehen die Aktienmärkte nicht nur die Risiken, sondern auch die Chancen einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Diese Chancen bestehen in folgendem:

1. Die Staatsbank der DDR war nur das ausführende Organ der Planbehörden der DDR. Sie hat keinerlei Erfahrungen mit einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Geldmengen- oder Zinspolitik in einer Marktwirtschaft. Hierin ist ihr die Bundesbank dank langer Erfahrung weit überlegen. Deshalb ist es zweckmäßig, daß die Staatsbank der DDR in Zentralbanken der Bundesbank umgewandelt wird. Diese Zentralbanken haben, wie die Zentralbanken in der Bundesrepublik, das Recht, die Interessen ihrer Regionen in den Sitzungen des Zentralbankrates geltend zu machen; aber der geldpolitische Kurs kann nur von allen Zentralbanken gemeinsam beschlossen werden.
2. Bei den Bürgern der DDR genießt die West-Mark ein hohes Ansehen. Die Ost-Mark hingegen wird nur wenig geschätzt. Für gutes Geld lohnt es sich für die Bürger, in der DDR zu bleiben, dort zu arbeiten oder sich unternehmerisch zu engagieren.
3. Bei einem Verbund zweier selbständiger Währungen sind Zahlungsbilanzkrisen und Abwertungen möglich. Bei einer Währungsunion mit nur einer einzigen Währung ist das anders. Dort gehen die Unternehmen und die Kreditinstitute der Bundesrepublik bei ihren

Kapitalanlagen in der DDR keinerlei Währungsrisiko mehr ein. Für die Bürger der DDR besteht auch kein Anlaß mehr, Kapital aus der eigenen Währung in andere Währungen umzuschichten. Es besteht also kein Anlaß zur Kapitalflucht. Für ausländische Investoren, die ihr Geld in der DDR anlegen wollen, ist das Währungsrisiko bei einer Anlage in West-Mark geringer als bei einer Anlage in Ost-Mark.

4. Anders als bei einem Verbund der Ost-Mark mit der West-Mark gibt es auch keine Beschränkungen der Konvertibilität. Dies ist von unschätzbarem Vorteil. Denn Behörden, welche Devisen zuteilen, passen nicht in eine Marktwirtschaft. Sie hemmen nur die Produktivität der Wirtschaft. Das einzelne Unternehmen ist über die jeweilige Marktsituation im Inland und im Ausland sehr viel besser informiert als die Behörde. Da das Unternehmen für Fehlentscheidungen selber finanziell haften muß, wird es sich jede Ausgabe für Güter und Dienste sorgfältig überlegen. Eine Behörde hingegen ist gewöhnlich inkompetent, sie kennt nicht die echten Prioritäten, und sie haftet nicht für die Folgen falscher Entscheidungen, aber leider hat die Behörde trotzdem das Recht, mit der Zuteilung von Devisen darüber zu entscheiden, wo und was und wieviel in der Volkswirtschaft produziert wird. Gewöhnlich wird daraus eine falsche Allokation der Ressourcen. (Nebenbei gesagt: Schon bald nach der Währungsreform in Westdeutschland im Juni 1948 gab es große Fortschritte bei der Liberalisierung der Einfuhr von Waren, und meines Erachtens hätte man schon 1952/1953 die volle Konvertibilität einführen können, anstatt erst Ende 1958).

Mit der automatischen Abschaffung der Gesetze über die Verwendung von Devisen wird ein großer Schritt zur Marktwirtschaft getan. Damit bin ich beim zweiten Vorteil einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Eine solche Union beschleunigt die Angleichung der Institutionen und der Rechtssysteme beider Staaten. Die marktwirtschaftlichen Reformen kommen deshalb schneller voran, und der wirtschaftliche Aufholprozeß wird forciert. Ich nenne nur die wichtigsten Elemente:

Erstens müssen das Wirtschafts- und das Arbeitsrecht reformiert werden. Dies betrifft das Handelsgesetzbuch, das Recht der Kapitalgesellschaften, das Konkursrecht, das Arbeitsgesetzbuch, das Gesetz über das Kreditwesen und viele andere. Es betrifft ferner die Normen und Standards in wirtschaftlicher, technischer und sozialer Hinsicht und auf dem Gebiet der Umweltverschmutzung. Die westdeutschen Gesetze haben sich bewährt, sie orientieren sich zunehmend an den europäischen Maßstäben, und sie können schnell von der DDR übernommen werden. Die DDR würde also viel Kosten sparen, wenn sie bewährte Gesetze importierte und nicht selber Gesetze herzustellen versuchte.

Zweitens wird das Steuersystem vereinfacht und leistungsgerechter gestaltet werden. Steuerliche

Diskriminierung bestimmter Tätigkeiten werden ebenso beseitigt, wie extrem hohe Progression der Tarife.

Drittens werden mit dem Umbau des Steuersystems viele der Subventionen abgeschafft, mit denen die Güter des Grundbedarfs der Bevölkerung verbilligt werden. Ebenso werden die Abgaben auf sogenannte Luxusgüter beseitigt. Das mit dem Abbau der Subventionen frei werdende Geld wird direkt an bedürftige Menschen gezahlt.

Damit bin ich beim vierten Punkt. Das Sozialsystem wird angeglichen werden. Dies betrifft die Altersversicherung, die Krankenversicherung die Arbeitslosenversicherung. Dies wird nicht schnell gehen. Deshalb wird man Regelungen für den Übergang finden müssen.

Fünftens muß inländisches und ausländisches Privateigentum an Produktionsmitteln zugelassen werden - Stichwort Gewerbefreiheit -, und die Industriekombinate müssen entflochten und in wirtschaftlich selbständige Einheiten umstrukturiert werden. Besonders wichtig ist, daß die Unternehmen dem nationalen und internationalen Wettbewerb ausgesetzt werden. Sie bekommen die Chance, bei Erfolg Gewinne zu erzielen, aber sie müssen auch das Risiko tragen, bei Mißerfolg in Konkurs zu gehen.

Sechstens werden autonome Gewerkschaften und autonome Vereinigungen der Arbeitgeber gebildet werden. Sie werden die schwierige Aufgabe haben, ein Niveau und eine Struktur der Löhne zu vereinbaren, welche nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der DDR sichern, sondern auch Produktivitätsfortschritte ermöglichen.

Siebtens wird das Bankensystem so reformiert werden, daß es marktwirtschaftliche Funktionen übernehmen kann. Auch ein effizienter Markt für Wertpapiere wird geschaffen werden. Hierbei werden westdeutsche und ausländische Banken helfen können, wenn sie bald das Recht erhalten, Filialen und Tochtergesellschaften in der DDR anzusiedeln.

Last but not least muß die Mehrheit der Preise freigegeben werden. Natürlich wird es Ausnahmen geben, namentlich bei den Mieten und den Verkehrstarifen; diese werden wohl nur schrittweise erhöht werden. Aber ansonsten müssen die Anbieter und Nachfrager in einem Trial-and-error-Prozeß die marktgerechten Preise selber herausfinden.

Soviel zur Angleichung der Rechtssysteme und der Institutionen. Ich meine: Je schneller diese Angleichung vorankommt, desto größer wird die Bereitschaft des Westens, insbesondere der Bundesrepublik sein, privates Kapital zur Modernisierung der DDR-Wirtschaft aufzubringen. Je mehr privates Kapital in die DDR fließt, desto größer sind für die Bürger der DDR die Perspektiven für die Zukunft. Desto größer ist der Anreiz, im eigenen Land zu arbeiten und

zu investieren. Desto größer wird aber auch die Bereitschaft der Bundesrepublik sein, mit Transferzahlungen an die DDR dazu beizutragen, daß die Anfangsschwierigkeiten während der Take-off-Periode überwunden werden.

In der Tat. Diese Probleme werden in den ersten zwei bis drei Jahren beträchtlich sein. Ich beginne wiederum mit der Währungsunion, wobei ich unterstelle, daß die Rate des Umtauschs der Ost-Mark in die West-Mark Eins zu Eins sein wird. Dabei geht es zunächst einmal um folgendes Problem: Das Geldvolumen M1 in der DDR besteht aus dem Bargeldbestand der privaten Haushalte und den Sichtguthaben der Wirtschaft und des Staates. Hinzu kommen die sogenannten Guthaben auf Sparkonten und Spargirokonten der privaten Haushalte, das sind täglich fällige Sparguthaben. Täglich fällige Sparguthaben sind aber nichts anderes als Geld.

Nach meinen vorläufigen Schätzungen setzt sich das gesamte Geldvolumen M1 folgendermaßen zusammen. Schauen Sie bitte in meine Tabelle "Money supply". Sie sehen dort: 17 Mrd. Mark beträgt der Bargeldumlauf in der DDR. 23 Mrd. Mark betragen die Sichtguthaben von Unternehmen und Staat. Dazu kommen 17 Mrd. Mark Sichteinlagen für die laufenden Transaktionen der privaten Haushalte. Das macht 57 Mrd. Mark Kassenhaltung für reine Transaktionszwecke. Dazu kommt aber noch derjenige Teil der privaten Spar- und Spargiroguthaben von 160 Mrd. Mark, der nicht Transaktionskasse ist. Zieht man die 17 Mrd. Sichtguthaben der privaten Haushalte für Transaktionszwecke von diesen 160 Mrd. Mark ab, so erhält man 143 Mrd. Mark. Das sind Spareinlagen, die liquide Reserven darstellen. Diese 143 Mrd. Mark ergeben zusammen mit dem Bargeld und den transaktionsbedingten Sichtguthaben ein Geldvolumen von 200 Mrd. Mark. Bezogen auf das Bruttosozialprodukt von schätzungsweise 350 Mrd. Mark bedeutet dies eine Relation von 57 Prozent, das ist viel mehr als in der Bundesrepublik, wo es in den letzten Jahren nur 16 bis 18 Prozent waren. In der DDR gibt es also ein Inflationspotential. Es muß neutralisiert werden. Deshalb wird man wahrscheinlich den größten Teil der liquiden Reserven von 143 Mrd. Mark in befristete und hochverzinsliche Guthaben umwandeln. Erst nach und nach wird man Beträge hieraus für Güterkäufe freigeben. Inflationsneutral wäre auch eine weitere Möglichkeit: Die Bürger der DDR könnten mit ihren Guthaben Wohnungen oder Immobilien oder Aktien oder Unternehmen in staatlichem Eigentum kaufen. Der Staat erhielte dann das Geld, mit dem er seine Verschuldung von 130 Mrd. Mark gegenüber der Staatsbank vermindern könnte.

Ein anderes monetäres Problem ist diffiziler: Die Unternehmen waren gezwungen, sich in erheblichem Umfang bei der Staatsbank zu verschulden. Diese unfreiwillige Verschuldung war erforderlich, weil die Unternehmen ihre Gewinne und außerdem noch den Gegenwert ihrer Abschreibungen weitgehend an den Staat abführen mußten. Hier würde eine Umstellung im Verhältnis Eins zu Eins eine zu starke Belastung der Unternehmen mit Tilgungen und Zinsen heraufbeschwören. Wahrscheinlich wird man diese Schulden herabsetzen müssen.

Von diesem Verschuldungsproblem abgesehen, ist das Problem des Geldüberhangs also relativ leicht zu lösen, ohne daß die Geldsparer benachteiligt werden. Schwieriger ist die Frage nach der richtigen Rate des Umtauschs der Ost-Mark in die West-Mark zu beantworten. Richtig ist, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft erst dann herausstellt, wenn man die Volkswirtschaft auf den freien Weltmärkten testet. Aus diesem Grunde haben viele Wissenschaftler eine Währungsunion abgelehnt. Sie haben wie folgt argumentiert: Bei einem beweglichen Wechselkurs kann eine falsche Wettbewerbsposition durch Aufwertungen oder Abwertungen korrigiert werden. Bei einer Währungsunion dagegen kann diese Korrektur nur über Änderungen der Lohnkosten geschehen. Und Lohnsenkungen sind immer schwer durchzusetzen.

Doch diese Pläne gehören inzwischen der Wirtschaftsgeschichte an. Jetzt geht es nur darum, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten eine endgültige Rate des Umtauschs finden, die möglichst nahe an die richtige Rate herankommt. Da kann nur die Statistik weiterhelfen. Die Statistik muß uns sagen, wie hoch die Lohnkosten je Einheit des realen Bruttosozialprodukts in der DDR im Verhältnis zu den Lohnkosten in der Bundesrepublik sind. Beginnen wir mit der Arbeitsproduktivität, das heißt mit dem realen Produkt je Beschäftigten. Die Arbeitsproduktivität ist in der DDR ungefähr halb so groß wie in der Bundesrepublik. Wie steht es dann mit den Löhnen? Rechnet man die Nettolöhne in der DDR nach den Verhältnissen in der Bundesrepublik auf die Bruttolöhne hoch, so zeigt sich, daß die Bruttolöhne je Beschäftigten in der DDR ungefähr 40 Prozent der Bruttolöhne in der Bundesrepublik ausmachen. Danach wären die Lohnkosten in der DDR nur 80 Prozent derjenigen in der Bundesrepublik. Demnach wäre eine Ost-Mark sogar 1,25 Mark West wert. Vertraut man aber Schätzungen, denen zufolge ein Fünftel der Produktion in der DDR obsolet ist, dann käme man auf einen Kurs von Eins zu Eins. Außerdem muß man berücksichtigen, daß die Qualität und die Verfügbarkeit der Produkte in der DDR schlechter sind und daß die Belastung der Umwelt durch die Produktion größer ist. Dann kommt man auf einen Kurs von weniger als einer West-Mark für eine Ost-Mark.

Vor die Wahl gestellt, wird man zwischen zwei Risiken abzuwägen haben. Wird ein zu hoher Kurs der Ost-Mark gewählt, dann bleiben viele Betriebe auf der Strecke, und es gibt zumindest vorübergehend eine große Arbeitslosigkeit. Viele Menschen werden aus der DDR abwandern, zumal keine Aussicht auf baldige Lohnerhöhungen besteht. Wird dagegen ein zu niedriger Kurs der Ost-Mark gewählt, dann bleiben zwar mehr Betriebe preislich wettbewerbsfähig, und auch die Aussicht auf Lohnerhöhungen ist größer. Dafür ist aber das Ausgangsniveau der Nettolöhne viel zu gering. Das Nettoeinkommen wird erheblich weniger sein als die Hälfte dessen, was die Kollegen in der Bundesrepublik verdienen. Auch aus diesem Grund wird es Abwanderungen aus der DDR geben. Ich vermute deshalb folgendes: Zur Minimierung

dieser Risiken und aus optischen Gründen und mit Rücksicht auf die Geldsparer werden sich die beiden deutschen Staaten auf einen Austauschkurs von Eins zu Eins einigen.

Das nächste Problem betrifft mein Thema: Wie stark werden die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik belastet, wenn es zu einer Angleichung des Steuersystems und des Sozialsystems der DDR an die Systeme in der Bundesrepublik kommt? Der Umbau des Steuersystems bedeutet folgendes: Die meisten Subventionen und Steuern zur Beeinflussung der Preise werden abgeschafft. Auch die sonstigen Steuern und Abgaben der Unternehmen werden beträchtlich reduziert; dafür wird das in der Bundesrepublik geltende System der Lohnsteuer, der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Mehrwertsteuer von der DDR übernommen. Ferner wird das Sozialsystem der Bundesrepublik mit den dort geltenden oder demnächst in Kraft tretenden Sätzen übernommen. Auf der einen Seite bedeutet dies eine Erhöhung der Beiträge der Beschäftigten zur Rentenversicherung, zur Krankenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung. Auf der anderen Seite werden die Renten (Pensionen) von durchschnittlich 440 Mark im Monat um 200 Mark erhöht. Auch wird es erstmals in der DDR ein Arbeitslosengeld geben.

Wissenschaftler aus dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin haben versucht, die Auswirkungen dieser Reformen zu schätzen. Sie gingen einfachheitshalber von der Annahme aus, daß die Nettolöhne nach der Reform zunächst so bleiben werden, wie sie waren. Diese Schätzungen sind noch vorläufig und mit großer Unsicherheit behaftet. Ich werde Ihnen deshalb nur Größenordnungen nennen. Zunächst zur Sozialversicherung. Deren Einnahmen werden sich pro Jahr auf 47 bis 48 Mrd. Mark belaufen. Dies reicht voraussichtlich aus, um die Mehrausgaben für Pensionen in Höhe von 7 Mrd. Mark zu decken und bei einer Arbeitslosigkeit von einer halben Million das Arbeitsentgelt von $5\frac{1}{2}$ Mrd. Mark zu finanzieren. Die Arbeitslosenversicherung würde erst bei höherer Arbeitslosigkeit in ein Defizit geraten; bei einer Million Arbeitsloser wären es 5 Mrd. Mark.

Beim Öffentlichen Haushalt im engeren Sinne, also dem Haushalt ohne Sozialversicherung, würde es anders aussehen. Für den öffentlichen Verbrauch, das sind Personal- und Sachausgaben, müßte man 25 bis 30 Mrd. Mark veranschlagen. Dazu kämen Ausgaben, die man als Investitionen des Staats bezeichnen müßte, nämlich Ausgaben für die Verbesserung der gesamten Infrastruktur, die Verbesserung der Umwelt und die Umschulung von Arbeitskräften. Von der Kapazität der Wirtschaft her wären 30 Mrd. Mark möglich. Das macht zusammen Ausgaben von 55 bis 60 Mrd. Mark. Diesen Ausgaben dürften Steuereinnahmen von 30 Mrd. Mark gegenüberstehen. Es ergäbe sich also ein Defizit von 25 bis 30 Mrd. Mark.

Dieses Defizit würde die DDR überfordern. Deshalb müßte der Staat in der Bundesrepublik in die Bresche springen. Angesichts eines Haushaltsvolumens von mehr als 1 000 Mrd. DM und

eines Defizits von 10 bis 20 Mrd. DM sind 25 bis 30 Mrd. zusätzlich kaum als Überforderung des Staates anzusehen. Umschichtungen zu Lasten des Verteidigungs- und des Subventionsetats sind denkbar. Denkbar ist auch ein teilweiser Verzicht auf die für das nächste Jahr geplante Steuersenkung von 25 Mrd. DM. Aber auch eine Anleihe wäre gut vertretbar, da sie eine rentable Investition darstellen würde: Eine Investition, die dem Aufbau der wirtschaftlichen Grundlagen und der Verbesserung der Umwelt in der DDR dienen würde. Die Anleihe wäre attraktiv und würde den Kapitalmarkt nicht überfordern, zumal auch ausländische Geldanleger eine solche Anleihe gern zeichnen würden.

Allerdings blieben die Ansprüche an den Kapitalmarkt nicht auf die öffentlichen Anleihen beschränkt. Hinzu käme auch ein beträchtlicher privater Kapitalbedarf. Doch wie der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik von 100 Mrd. DM zeigt, hat die Bundesrepublik einen gewaltigen Überschuß der Ersparnisse über die Investitionen. Ein erheblicher Teil dieses Überschusses an Ersparnissen und an den dahinter stehenden Gütern könnte umgeschichtet werden und der DDR zugutekommen. Die Bundesrepublik würde in die westlichen Länder weniger exportieren und, vor allem, sie würde von dorthier sehr viel mehr importieren. Dies würde ein wichtiger Beitrag zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sein, was auch im Interesse der EG-Länder wäre.

Sicherlich würde diese Umschichtung nicht ohne Reibungen geschehen. Der Mehrbedarf an Kapital würde die Zinsen erhöhen, und die Mehrnachfrage der DDR nach Investitionsgütern und nach Konsumgütern würde zunächst in der Bundesrepublik zu Preissteigerungen führen. Doch diese Wirkungen werden oft überschätzt. Ein Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat einen provisorischen Versuch unternommen, mit einem ökonometrischen Modell zu schätzen, was während des Zeitraums von drei Jahren nach Einführung einer Währungsunion geschehen könnte. Ich kann hier nicht sämtliche Prämissen darlegen. Nur soviel: Selbst wenn die DDR, unterstützt durch beträchtliche Kapitalimporte und Transfers, eine Mehrnachfrage nach westdeutschen Konsum- und Investitionsgütern von 60 Mrd. DM entfalten sollte, gäbe es nur maßvolle zusätzliche Zins- und Preissteigerungen. Die Anleihezinsen würden nur um etwas mehr als einen Prozentpunkt höher liegen; dieser Effekt ist schon weitgehend von den Finanzmärkten eskomptiert worden. Die zusätzliche Erhöhung der Verbraucherpreise wäre ein halber Prozentpunkt im Jahr. Außerdem gäbe es einen Wachstumsschub in der Bundesrepublik von mehr als einem halben Prozentpunkt pro Jahr. Es gäbe also keine Rezession. Und auch die anderen Länder würden davon profitieren. Der westdeutsche Leistungsbilanzüberschuß könnte um mindestens 30 Mrd. DM niedriger sein. Unter diesen Umständen brauchte auch die Konkurrenz der DDR auf den Weltmärkten nicht gefürchtet zu werden, ganz abgesehen davon, daß die Exporte der DDR in die Europäische Gemeinschaft bisher verschwindend gering waren.

Ich habe darzulegen versucht, daß die Einführung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwar erhebliche Risiken birgt, aber auch erhebliche Chancen bietet. Mein Bild von der künftigen möglichen Entwicklung verleitet nicht zu Euphorie. Denn nicht nur die DDR, sondern auch die Bundesrepublik wird erheblichen Anforderungen genügen müssen. Sie werden aber, wenn die Chancen genutzt werden, für alle Beteiligten, auch außerhalb Deutschlands, durchaus viel Nutzen bringen. Mit den üblichen Horrorszenarien hat mein Szenarium jedenfalls nichts gemeinsam.

Reinhard Pohl
DIW, Berlin

Berlin, March 1990

Money Supply M1 In GDR And FRG

End of 1989, Billion of Mark

(preliminary estimation)

	GDR (DDR)	FRG (BRD)
Currency in circulation	17 ^{*)}	140 ^{**)}
(% of disposable income)	(10)	(10)
Demand deposits of enterprises and government	23 ^{***)}	168
Demand deposits of private households	17 ^{***)}	136
(% of disposable income)	(10)	(10)
Liquid reserves of private households	143	-
Total M1	200	444 ^{**))}
(M1 in % of GNP)	(57)	(20)
Other figures in 1989:		
Gross National Product	350	2 260
Disposable income of private households	168	1 380

*) without circulation of D-mark in DDR.

**) without circulation outside FRG, estimated on the base of Bundesbank's estimation.

***) only for transactions, calculated as a norm.

Vergleich von Wirtschaftsdaten der Bundesrepublik und der DDR 1988

	D D R	B R D
<u>Bevölkerung</u>		
Insgesamt (in Mill.; Jahresende)	16.68	61.72
-nachrichtlich: Stand 31.12.1989-	16.4	62.4
darunter: Frauen (in vH)	52.2	51.5
Personen im Erwerbsalter (Mill.) 1)	10.76	40.90
Ausländer (Mill.)	0.17	4.71
Geburten je 1000 Einwohner 2)	12.9	11.0
Fläche (qkm)	108	249
Bevölkerung je qkm	154	248
<u>Erwerbstätigkeit</u>		
Erwerbstätige, gesamt (Mill.)	8.98	27.31
darunter: Frauen (in vH)	49	38
nach Wirtschaftszweigen (in vH):		
Land- und Forstwirtschaft	11	5
Produzierendes Gewerbe	50	40
Handel und Verkehr	18	19
Dienstleistungen (einschließlich Staat)	21	36
Arbeitslose (Mill.)	0	2.19
Arbeitsproduktivität in vH 3)	49	100
Primärenergieverbrauch (PJ)	3751	11419
je Einwohner (TJ)	225	185
Primärenergieverbrauch in vH		
Braunkohle	68.6	8.1
Steinkohle	5.0	19.2
Mineralöle	11.5	42.0
Naturgase	11.4	16.0
Kernenergie	2.5	12.0
Primärstrom 4)	3.3	1.5

1) Männer von 15 bis unter 65 Jahre und Frauen von 15 bis unter 60 Jahre.

2) Lebendgeborene.

3) Methodische Hinweise zur Berechnung in "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987", S. 395/396.

4) Wasserkraft, Außenhandelssaldo.

	D D R	B R D
<u>Umweltbelastung</u>		
Schwefeldioxidemission in Mill. t	5.0	2.2 5)
Stickoxidemission in Mill. t	1.0	3.0 5)
<u>Verkehr</u>		
Länge der Autobahnen in km	1855	8618
elektrifizierte Eisenbahnstreckenlänge (km je 1000 qkm)	32	47
Beförderte Personen (Mrd. Pers.-km)		
Eisenbahn	22.8	41.8
Öffentlicher Straßenverkehr	30.5	62.0
Luftverkehr	0.2 6)	15.7
Beförderte Güter (Mrd. tkm)		
Eisenbahn	60.4	61.3
Straßenverkehr	16.4	112.3
Binnenschifffahrt	2.5	52.9
Bestand an zugelassenen Personenkraftwagen (Mill.)	3.7	28.9
Straßenverkehrsunfälle (1000) 7)	47	614
<u>Post</u>		
Briefsendungen je Einwohner	77	224
Telefongespräche je Einwohner 8)	102	493
Telefonsprechstellen je 1000 Einwohner	239	676
<u>Einkommen, Ersparnis</u>		
Nettogeldeinnahmen (M)/ Verfügbares Einkommen (DM) je Haushalt im Monat	2083	4468
Monatsbruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten (M/DM)	1090	3291
Monatenettolöhne und -gehälter je Beschäftigten (M/DM)	925	2198
Ersparnis in % der Nettogeldeinnahmen/ des verfügbaren Einkommens	6.5	12.6
<u>Wohnungswirtschaft</u>		
Wohnungen je 1000 Einwohner	421	426
Wohnfläche (qm je Einwohner)	27.0	34.9

5) 1986.

6) nur Interflug.

7) Personenschäden und Sachschäden über 800 M (DDR) bzw. 3000 DM (BRD).

8) Orts- und Ferngespräche.

	D D R	B R D
<u>Binnenhandel</u>		
Einzelhandelsumsatz (Mrd. M/DM)	127	483
darunter in vH:		
Nahrungs- und		
Genußmittel	48	29
Schuhe, Textilien und		
Bekleidung	16	17
Sonstige Industriewaren	35	57
-nachrichtlich: vH-Veränderung des Einzelhandelspreisindizes 1989/88	+ 2	+ 2.5
<u>Innerdeutscher Handel</u>		
Bezüge (Mrd. DM)	7.23	6.79
Struktur in vH:		
Grundstoff- und Produktionsgüter	43.5	50.1
Investitionsgüter	36.9	14.3
Verbrauchsgüter	9.8	24.9
Erzeugnisse der Landwirtschaft und des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	8.4	9.7
<u>Außenhandel</u>		
Einfuhr (Mrd. VM 9)/DM)	87.2	439.6
darunter aus (in vH):		
UdSSR	39.2	1.6
andere sozialistische Länder	29.5	4.3
nichtsozialistische Länder	31.4	94.1
Ausfuhr (Mrd. VM 9)/DM)	90.2	567.7
darunter nach (in vH):		
UdSSR	35.8	1.8
andere sozialistische Länder	33.7	3.8
nichtsozialistische Länder	30.5	94.4

9) Nicht konvertible Außenwährungseinheit der DDR.		